

# Wahlkreisblatt

### Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Satz 42/43.

Redaktion: Satz 42/43.

**Erstpreis 1000**  
für den besten und schönsten  
Kunstausdruck

**Abonnementpreis**  
monatlich 80 Pf.  
vierteljährlich 1,60 Mk.  
halbjährlich 3,20 Mk.  
jährlich 6,40 Mk.  
Durch die Post bezogen,  
1,00 Mk. zuzügl. Postgebühren.

**Die neue Welt**  
(Kulturzeitschrift)  
durch die Post nicht bezogen,  
kostet monatlich 10 Pf.,  
vierteljährlich 30 Pf.

Katholik Nr. 1047.  
Verlag: Halle a. S.  
Verlag: Halle a. S.

**Infektionsgefahr**  
bedingt für die öffentliche  
Gesundheit eine strenge  
Reinlichkeit

**Infekte**  
für die öffentliche  
Gesundheit sind von  
größter Wichtigkeit

**Eintragen in die  
Poststempelrolle.**

## Wieder ein Wahlsieg!

### 3200 Stimmen und Mandat gewonnen! Kannstatt-Ludwigsburg rot!

Am Sonnabend fand im 2. württembergischen Reichstagswahlkreise Kannstatt-Ludwigsburg die Reichstagswahl für den nationalliberalen Prof. Sieber statt, dessen Mandat durch Beförderung erloschen war. Unser Kandidat Genosse Keil, politischer Redakteur unserer Suttgarter Parteiblätter, siegte gleich im ersten Wahlgang mit einer Mehrheit von 4247 Stimmen über die beiden bürgerlichen Gegner. Das genaue Stimmenergebnis ist:

Keil (Soz.) 18 705, Oettinger (nationalliberal) 9528, Wolff (Bund der Landwirte) 4247.

Der Wahlsieg war seit Bestehen des Reiches noch niemals sozialdemokratisch vertreten, und im Jahre 1907, bei den letzten Wahlen, schienen die Dinge für das kapitalistische Bürgertum noch durchaus günstig. Damals siegte Sieber mit 18 787 Stimmen über Keil, der nur 15 488 Stimmen erhielt. Diesmal dieselbe Erscheinung wie bei allen Reichswahlen: große Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen, katastrophentartiger Verlust aller bürgerlichen Parteien.

Dieses Verhalten des Volkes zur Sozialdemokratie ist die glänzendste Rechtfertigung ihrer grundsätzlichen antikapitalistischen Politik, die wir unter keinen Umständen verlassen und verzerren dürfen. Im Verlauf und im Fortschritt korrupter kapitalistischer Geschäftspolitik ist nur ein Weg und kein anderer: die konsequente und unbedingte Sozialdemokratie. Das lehren alle Reichswahlen, das zeigt auch Kannstatt-Ludwigsburg.

Der Erfolg unserer Partei in diesem Wahlsiege ist der Abschluss einer unermüdlichen und zähen Agitations- und Organisationsarbeit. Im Jahre 1881 entfielen dort erst 100 Stimmen auf unseren Kandidaten, 1884 erst 600 Stimmen. Von da an ging es rasch aufwärts. 1897 brachte eine Zunahme von 1000, 1890 eine solche von 1600 Stimmen. 1893 mußten wir wieder um 2000, 1898 um 2400, 1903 um 3400 Stimmen mehr als bei der nächst vorhergehenden Wahl. Die Wahlen von 1907 brachten uns immer noch die verhältnismäßig bedeutende Zunahme von 9000 Stimmen. So gingen unsere Genossen mit der großen Zuversicht in die Wahl, diesmal den Preis im ersten Wahlgang zu holen und die Hoffnung hat sie nicht getäuscht.

Von den vielen Erfolgen des letzten Jahres — und welche Wahl war kein Erfolg? — gehört Kannstatt-Ludwigsburg mit zu den schönsten. Der neugewonnene Wahlsieg ist ziemlich stark industriell. Nach den Angaben vom Jahre 1907 waren von seinen 184 677 Einwohnern 121 186 städtisch, 63 492 ländlich. Im Jahre 1907 gab es 40 764 Wahlberechtigte, von denen 34 892 zur Wahl gingen. Der Führer der württembergischen Nationalliberalen, Dr. Sieber, wurde mit 18 787 Stimmen gewählt. Genosse Keil erhielt 15 488, Gröber vom Zentrum 98 Stimmen. Bei diesem Wahlgang ging der Bauernbund, der 1907 für Sieber eingetreten war, selbständig vor. Dagegen traten die Volksparteier unter Führung des Demokraten Kaufmann sofort für die Nationalliberalen ein. Das sollte der Dank dafür sein, daß bei der Wechselseiter Landtagswahl die Nationalliberalen den Volksparteier unterstützt hatten. Die Wähler aber haben durch diese liberalen Mißverständnisse einen biden Strich gemacht. Die rote Flut hat Volksparteier und Nationalliberalen in gleicher Weise überflutet.

Seit den Reichstagswahlen von 1907, bei denen wir nur 43 Mandate erhalten hatten, hat unsere Reichstagsfraktion sieben Gewinne zu verzeichnen, denen kein Verlust gegenübersteht. Wir gewonnen von den Nationalliberalen vier Mandate: Landau-Neustadt, Koburg, Friedberg-Weilburg, Kannstatt-Ludwigsburg. Von den Fortschrittlichen zwei: Halle-Saalkreis und Lieben-Wolzin. Von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Eisenach-Dernbach; Zschopau-Marientberg steht ja noch aus. Das ist nicht mehr Gewinn! Und, dafür haben Nationalliberalen und Schwarzblau im halden Verein gesorgt, indem sie aus Angst vor den Radikalen auch die antichristlichen erweichelten Mandate furchend für gültig erklärt hatten. Wo es aber zum Schlimmen kam, da hat die Sozialdemokratie glänzend abgehakt. Von den sieben Wahlsiegen, die uns ausgefallen sind, war nur Halle von 1890 bis 1893 und von 1898 bis 1907 sozialdemokratisch. In den sechs anderen Wahlsiegen dagegen ist das rote Banner zum ersten Male

hierreich aufgezogen worden. Wo wir erledigte Siege zu verteidigen hatten, geschah es mit großem Stimmengewinn, obwohl sonst bei Nachwahlen Stimmenrückgang die Regel ist. In Glaucha-Merzane gewannen wir 500, in Speyer-Ludwigsbafen 800, in Stollberg-Schneeberg 2000 Stimmen. Wir sind jetzt die drittstärkste Partei im deutschen Reichstag und dürfen hoffen, auch die 500 noch vor dem Zusammentritt des Reichstags überschritten zu haben.

Der Sieg von Kannstatt-Ludwigsburg beweist wieder aufs neue, wie stark die Erbitterung gegen das herrschende Regime in Deutschland geworden ist. Für die Sozialdemokratie erwächst daraus die Aufgabe, die günstigen Zeiten zu nutzen und durch unermüdbare Flurstärkerarbeit dafür zu sorgen, daß die Neugewonnenen zu festen und überzeugten Anhängern des Sozialismus werden. Nicht eine Verhüllung unserer Ziele, sondern im Gegenteil Klarheit herausarbeitung alles dessen, was uns von der bürgerlichen Welt trennt, gehört uns nicht nur die Pflicht gegenüber unserer großen geschichtlichen Aufgabe, sondern auch die Pflicht auf unsere propagandistische Kraft. Denn gerade das, was uns von den bürgerlichen Parteien trennt, daß wir die rückwärtslos und unbedingten Verfechter der Klasseninteressen des arbeitenden Volkes sind, das ist es ja, was uns das Vertrauen der Massen gewinnt. Wenn die Erbitterung gegen die blauschwarze Koalition nicht den Liberalen, sondern uns zugute kommt, so deswegen, weil die Wähler und der Bewilligungseifer der Liberalen bei den indirekten Steuern den Wählern gezeigt hat, daß sie nicht sicher sind, daß die Liberalen ihre Interessen nicht wiederum preisgeben. Irgebinde Zusammengehören der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien, das über eine Stichwahlparole für das feinere Hebel hinausginge, könnte nur das Vertrauen schädigen, das unsere klare, starke und unerschrockene Haltung uns in immer weiteren Kreisen erobert hat.

Aus der Korrespondenz St. entnehmen wir folgende Ausführungen:

Diese erfolgreichen Wahlergebnisse sind für die allgemeinen Wahlen des nächsten Jahres insofern symptomatisch, als ja in allen Lagern auch für die mit einem klaren Sieg der Sozialdemokratie gesehen wird. Aber dann, wenn es um das Gange geht, werden die Gegner, die heute ergebnislos vor uns die Waffen strecken, uns mit dem Mut der Verzweiflung entgegengetreten und insofern werden die allgemeinen Wahlen einen anderen Charakter tragen als die Wahlergebnisse des letzten Jahres. Darüber darf man sich nicht täuschen, noch täuschen lassen: bei den nächsten allgemeinen Wahlen wird es in mancher Beziehung ganz anders zugehen als bei den letzten verhältnismäßig immer noch gemühtlichen Wahlergebnissen. Darum wird auch angebracht, der vorliegenden glänzenden Siege, denen sich in der nächsten Zeit hoffentlich nicht nur Zschopau-Marientberg, sondern auch Zschopau-Weißeritz anschließen wird, trotz aller berechtigten Freude im sozialdemokratischen Lager keine Durcheinanderung auskommen, die die Mutter der Enttäuschungen ist.

Zunächst sind wir mit Stolz und Genugtuung feststellen, daß die Geschichte des letzten Jahres alle Erfahrungen, die mit der Sozialdemokratie seit jeher gemacht wurden, bestätigt worden sind. Eine ungeheure, den Gegner fast wunderbar blühende Elastizität wohnt diesem Parteierker inne, der nicht nur allen Anfechtungen von außen handhablich, sondern sogar noch aus äußerlichen vorübergehenden Niederlagen Vorteil gezogen hat. An den Gegnern machen sich jetzt die Folgen jener kurzfristigen Mandatspolitik geltend, die sie neuerdings in gutem Glauben auch aus die höchste politische Weisheit aufführen mochten. Was hat es ihnen gebracht, daß sie durch einen schamlosen Eigenesatz, durch Verleugung ihrer Prinzipien und schmüßige Bündnisse der Sozialdemokratie im Jahre 1907 drei Dutzend Mandate abjagten? Indem sie die Masse nicht etwa durch die Kraft gegenseitiger Lieberzeugung zu sich herüberzogen, sondern sie gleichzeitig nur mit eigenen Reizen auf einen möglichst engen Raum zusammenpreßten, haben sie erst die Vorbereitung jener explosionsartigen Strafenentfaltung geliefert, die wir heute sich vollziehen sehen.

Nur ganz oberflächliche Betrachtung kann den glänzenden Aufstieg der Sozialdemokratie einzig und allein aus den jüngsten politischen Ereignissen erklären, die vielmehr die notwendige Begleiterscheinungen dieses Aufstieges als seine Ursachen sind. Auf der einen Seite ist es die ökonomische Entwicklung, die breite Massen der sozialdemokratischen Aufklärung zugänglich und sie für Steuer- und Wahlrechtsfragen überhaupt erst empfänglich macht. Auf der anderen Seite, soweit nicht der Gewinn von Anhängern, sondern hoher Wandel ein Ziel in Betracht kommt, vollzieht sich nur ein natürlicher Ausgleichungsprozess, der dem durch die Wahlen gewonnenen bürgerlichen Zustand ein Ende bereitet. Fürst Bismarck hat sich seinerzeit nur selber bedient, wenn er sich einen großen politischen Erfolg hielt, durchgeführt zu haben, daß sich

3/4 Millionen oppositioneller Wähler mit 43 Mandaten begünstigen mußten. Dieser Erfolg konnte zwar damals geäußerten Hauptern Freudentränen entlocken, so blendend schien er. Und doch mußte er zusammenbrechen, weil er auf Schwindel und Unrecht aufgebaut war.

Sollen wir angehängt solcher Erfahrungen vor dem anti-sozialdemokratischen Viehwahl gütigen, den Herr v. Bethmann Hollweg mit seinen ungeheuren Fingern zusammenzukleimen bemüht ist? Oder sollen nicht lieber ungehebt die anständiger Politiker des Bürgertums einsehen, daß durch solche Experimente nur die Gefahren für das Junkertum verlängert, der Sieg der Sozialdemokratie aber nicht aufgehalten wird? Jener Teil des Bürgertums, der sich aus feiger Gewohnheit hinter die Mauern der preussischen Junkerburg zu schließen pflegt, sollte sich doch selber sagen, daß diese gedankenlos geleitete Rettungsmethode vom Tag zu Tag lebensgefährlicher wird. Draußen steht moderne Artillerie, und diese Mauern — wie lange halten sie noch?

### Aktionen nach außen.

Ein „rechtsstehender Politiker“, der den vollen Beifall des Reiches erhält, hat das Mittel gefunden, einen großen sozialdemokratischen Sieg im Jahre 1911 zu verhindern. Nur „außerordentliche Veranlassung“, meint er, sei an den Erfolgen der Sozialdemokratie schuld, in anderthalb Jahren aber sei Zeit genug gegeben, um die Sache einzuräumen und die Stimmung umzuwandeln. „Was ist dazu erforderlich?“ fragt er, und antwortet selbst:

Zuerst eine männliche, selbst- und zweckbewußte auswärtige Politik, die dem unserm tüchtigsten aufstrebenden Bolle inwohnenden Machtgefühl Ausdruck verleiht. Das tut König Edward hat die Bahn freigemacht, der Besondere nachfolgt im unwiderlichen Sinn läßt hoffen, daß das nächste Wilmow-Schönliche Schicksalpolitik Frankreich gegenüber ein Erfolg ist und daß der heutige Minister hat den einzigen Friedensfallschritt noch einmal die Karte drauf setzt. Im Laufe eines Jahres vermag der neue Staatssekretär zu beweisen, ob er die Situation beherrscht und ob er dem Deutschen Reich innerlich der Diplomatie die ihm gebührende Stellung wieder erringen wird. Er könnte dem Reichsminister keinen besseren Dienst leisten und hätte damit die Wahlkampagne glänzend vorbereiten. Es sei nur an die liberale Frage und an die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Amerika und Japan erinnert. Welch ergebnislos Feld der Tätigkeit. Es ist bedauerlich, daß der „rechtsstehende Politiker“ nicht den Mut hat, seinen Namen zu nennen, und daß wir nicht erfahren, an welcher weitläufig einseitigen Stelle die von ihm so heftig empfohlene Aktion zu veranlassen ist. Und die Wahlen des nächsten Jahres ein internationaler Konflikt zum Ruine gebrochen werden, der zu einem Weltkrieg führen und hundertaufend Tausende deutscher und fremder Väter das Leben kosten kann.

Wir haben niemals daran gezweifelt, daß solche Verbrechergelung in den Kreisen „rechtsstehender Politiker“ häufig zu finden ist, daß sie sich aber zu früh ans Tageslicht wagen würde, war doch kaum vorauszusetzen.

Da hat einer aus der Schule geplatzt, und dieser Weisheitliche ist sicher noch nicht der Gefährlichste! Das Volk wird hier wiederum genannt. Wenn in den nächsten Monaten von „Reinern Ringum“, von „geplanten Revolution“ und „nationaler Ehre“ geredet wird, so wird man gleich wissen, was für Volksbetrüger dahinter stehen.

## Politische Uebersicht.

Halle a. S., 1. August 1910.

### Die Dornburg wirtschaftete.

Abgeordneter Ergaberger, der föderalistische Herr der Zentrumspartei, legt seine Angriffe gegen die Kolonialpolitik Dornburgs rüftig fort. Er hat im Verlage der Germania eine umfangreiche Schrift erscheinen lassen, in der er die südafrikanischen Vergleichsverhältnisse, besonders der deutschen Kolonialgesellschaft, harigelt. Zwei seiner Arbeit soll sein, zu beweisen, wie der ehemalige Staatssekretär Dornburg zugunsten des Großkapitals gearbeitet hat. Dem Wuche sind auch eine Anzahl bisher nicht veröffentlichter Briefe und Kladderlatsche beigegeben. Der Germania entnehmen wir über die Liebesgaben an das Großkapital folgendes:

Da erzählt man unter lieblichem Erntauen, daß eine Gesellschaft schon im Jahre 1909 über 1800 Prozent Dividenden an ihrem Diamantenbesitzer verteilt konnte; daß Dornburg zugunsten der D. S. G. die Förderungsabgaben im Sperrgebiet um 80 Prozent, außerdem das gesamte Sperrgebiet ohne Gegenleistung auf alle Weltweit an die D. S. G. veräußern wollte, ein Gebiet, dessen Diamantenwert der deutsche Dornburg auf 1000 Millionen Mark geschätzt hat. ... Einlich wird erzählt, daß der Ministertrug 1910 der D. S. G. nach den eigenen Zahlen Dornburgs ein Riesengewinn von 284 Millionen Mark brachte; allein Gewinn an den Diamanten finden sich noch andere Minen vor, so kann man trotz der 60 Prozent „Gewinnanteil des Reiches“ gar nicht sagen, wie hoch sich diese



Bleibgaben, verteidigt von Nationalliberalen und Freisinnigen, seien.

Doch das Buch bringt noch einen anderen Nachweis: einerseits die hohen Kosten, andererseits nahezu keine Steuerbelastung der Gesellschaften. Schmelzwerke feine Einkommensteuer, keine Vermögenssteuer.

Der Tod auf der Landstraße.

Der Fall des Dienstboten Anna Werner, das mit ihrem unehelichen Kinde folgende von Ort zu Ort gehetzt wurde, bis sie es in der Bergwelt findet, gibt dem Pastor Dr. Hans G. Schmidt Gelegenheit, im Tage eine Reform des preussischen Gesetzes über den Unterhaltungsanspruch zu fordern, das er mit Recht als das grauamte aller Gesetze bezeichnet.

Der Pastor Schmidt hatte selbst einmal, wie er erzählt, einem 7-jährigen Mädchen namens Stoffel, der eine Wunde von 10 W. 30 Pf. manuell legte, und der eine Verletzung, damit er heimlich weg, im Dorfe nicht mehr beschützt wurde, eine Wohnung verschafft. Sie kam aber noch am selben Tage auf Weichen des Ortsvorstehers geflüchtet wurde. Eine Hütte, die sich der unglückliche alte Mann im Walde errichtet hatte, wurde zerstört, und schließlich nahm ihn der Pastor gegen den Protest des ganzen Dorfes in seinem Stall auf. Schließlich ließ sich auch der Pastor dazu bewegen, den Kreis, um seinen Aufenthalt am Orte zu unterbrechen, auf drei bis vier Tage auf die Wanderhütte zu schicken. Stoffel brach aber schon am dritten Tage auf der Landstraße zusammen und starb. Nach seinem Tode fand man ein Spermafenster über 80 Pfund für seine Beerdigung, um den Rest fristlich der Pastor mit der Behörde, beide wollten daraus ihre Kosten ersetzt haben, doch befehlt die Behörde die Oberhand.

Solche Fälle sind nach der Meinung des Pastors nicht selten. Von Arbeit vermehrte alte Menschen werden wie züchtige Hunde von Haus zu Haus gejagt, bis man sie endlich so weit hat, daß sie drinnen auf der Landstraße zusammenbrechen. In England trägt das Elend der alten Weibchen, in Preußen Deutschland jagt es der Gendarm in den Straßengängen, wo es neue Ansehen zu erregen, werden kann. Dieses Schicksal, den Menschenstand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglichst spurlos zu vernichten, nennen seine Lobredner „sozialen Konium“.

Ein weiteres Steigen der Fleischpreise

in den nächsten Tagen kündigt schon jetzt die Allgem. Meischer Zeitung an. Seit über 20 Jahren ist ein so geringer Auftrieb von Rindern nicht mehr da gewesen wie am heutigen Viehmarkt; er betrug nur 2822 Stück, wobei noch ein bedeutender Teil exportiert wurde. Am 31. Juli 1909 betrug der Rinderantrieb 8290 Rinder; es sind dies also 1137 Tiere, das ist etwa 1/4 weniger als im Vorjahre; infolgedessen liegt der Preis bis auf 85-93 Pf. pro Pfund Schlachtgewicht. Der Auftrieb der Rinder betrug nur 938 Tiere, gegen 1273 Tiere am gleichen Markttag im Vorjahre, also 1/4 weniger; infolgedessen liegt ebenfalls der Preis bis auf 1-120 Wfl. pro Pfund Schlachtgewicht. Schafe waren 1909 weniger. Trotzdem das Schlachtvieh immer geringer wird, denkt die Regierung gar nicht daran, dem Aufste nach Öffnung der Grenzen Gehör zu schenken. Ja, wenn das nicht gegen die Interessen der Agrarier verstoßen würde!

Knecht soll Knecht bleiben!

Der samose Ausbruch des Bischofs von Regensburg hat natürlich die Arbeiter der katholischen Arbeiterbewegung schwer in die Zinte gedrückt. Der Arbeiter, das Organ des Regensburger süddeutschen katholischen Arbeitervereins, des Heftenblattes der bayerischen Arbeiterbewegung, Vater Arbeiter-Bischofs von Regensburg nicht einander, nun aber muß er das doch ist, hat zuerst erklären müssen, er sei mit den Worten des Möglichen tun, um die aufgeschreckten Schafe wieder zusammen zu bringen. Er läßt also fräglich gegen die - Noten. Statt unsere Ausführungen über die bischöfliche Weltanschauung zu widerlegen, bringt er lange Zitate von dem längst verstorbenen Bischof Metzger, der wohl, wenn er heute lebte, als Knecht und Knechtlich von der unterererbundenen Kirche in Gesellschaft behandelt würde. Schließlich weiß der Arbeiter gar nichts mehr, als auf den - Zufallsfall hinzuweisen, wo alles verachtet sein würde, nur die Führer nicht. Die katholischen Arbeiter sollen dadurch von der eigentlichen Sache abgelenkt werden, es soll ihnen keine Gelegenheit gegeben werden, sich gegen die heutige Welt der Ausbeutung und Verdrummung zu empören. Den Grund dafür hat ja der Regensburger Bischof ertan: Knecht soll Knecht bleiben! auf das es den Tüchtigen und Ausbeutern auf Erden wohl ergehe.

Deutsches Reich.

- Brutale Ausweisungspolitik. Der bayerische Pastor Albert d. aus Kopenaggen, der damals im Streife Kopenhagen in Versammlungen gesprochen hatte, wurde als „lästiger Ausländer“ aus Preußen ausgewiesen.

- Das Kriegerdenkmal muß dem Kaiserdenkmal weichen! In dem kleinen Städtchen Stolp in Pomeranien wurde im Jahre 1875 von den Bewohnern zu Ehren der in den Feldzügen 1864, 1866 und 1870-71 gefallenen Kämpfer aus Stadt und Kreis Stolp auf dem Stephanusplatz ein Kriegerdenkmal errichtet, das namentlich auf Verlangen der Steiner Obrigkeit abgedacht wird. Und der Grund für die Verrückung? Das Kriegerdenkmal soll einem Nationaldenkmal ausweichen. Wäre das in der Mitte des Stephanusplatzes stehende Denkmal der Kriegsgesetzten niedergebaut, hat man an anderer Stelle vor dem Rathaus mit den Vorbereitungen für die Errichtung eines Nationaldenkmals Wilhelm's I. begonnen, das aus Anlaß der Gedächtnisfeier der Stadt am 5. September dieses Jahres mit dem üblichen Stimmum entfällt werden soll.

- Junter und Geschäft. Wie die Schießsche Zeitung mitteilt, ist von der rechten Oberseite wiederum ein Fall eines Gutsverlaufes in einen Polen zu melden. Herr Felix von Frankenberg und Ludwigsdorf hat sein 280 Hektar großes Gut Eisenhof im schlesischen Kreise Oels an einen Polen verkauft. - Also wieder ein Junker! Was der sonst so anpruchsvoll auftretende deutsche Junker in Oelsbieren für die Polonisierung deutschen Grund und Bodens irgend tun kann, scheint er ja zu leisten - weils was einbringt.

- Gräueltat und Feinds! In Wendenburg wurde der Leutnant v. Wisniewski vom Infanterieregiment 88 verhaftet und in das Militärgefängnis in Posenburg eingeliefert. Der Leutnant wird beschuldigt, mit einem dreizehnjährigen und vierzehnjährigen Geschwisterpaar zu haben. Das Verhältnis ist nicht ohne Folgen geblieben. Das Mädchen, das jetzt noch nicht 14 Jahre alt ist, hat vor einiger Zeit in einer kleiner Militär einem Rinde das Leben gegeben. Die Missetäter soll übrigens noch weitere Strafen genießen.

- Der „Geheimbrosche“. Zu unserer Meldung in letzter Nummer ist noch folgendes zu berichten: Vor beinahe zwei Jahren wurde gegen einen polnischen Gesangsverein in Gärzlow bei Kojen (Prowing Posen) ein Untersuchungsverfahren eingeleitet. Während dieser Zeit wurden wiederholt Personen vor dem Untersuchungsrichter in Wisa vernommen. Als Resultat dieser Vernehmungen ist jetzt 20 Personen eine Anklage gestellt worden, darunter auch dem polnischen Landtagsabgeordneten Swialow. Sie werden beschuldigt, in den Jahren 1905-1906 einem Vereine angehört oder in ihm tätig gewesen zu sein, dessen politische Ziele vor der Behörde „bestimmt“ wurden; außerdem sollen sie sich der Aufrechterhaltung von Gewalttätigkeiten und der Heberrettung des Vereinsgesetzes schuldig gemacht haben. Wenn dieser neue Prozeß

wegen nationalpolitischer Geheimbrosche ebenfalls endet, wie die vielen oberflächlichen Geheimbrosche, dann wird sich die Kaiser Staatsanwaltschaft seinen Vorbertraut holen. -

England.

Gegen die inbisherige Unterdrückungspolitik, die von dem Staatssekretär für Indien, Mr. A. G. G. mit der herkömmlichen Werbung und unter Benutzung eines blutdürstigen indischen Hauptstabs, über dessen Herkunft und Verbreitung weiter nichts bekannt ist, vertheidigt wurde, wurden im Unterhaus von sozialistischer und radikaler Seite scharfe Angriffe gerichtet. Macdonald wandte sich gegen die englische Presse in Indien mit ihren Beschimpfungen der Eingeborenen, gegen die das neue Gesetz betr. Presse und aufzuführen die ferngeleitete die Zwangsregeln als Mittel zur Unterdrückung der Pressebewegung. Ihre Wirkung werde sein, alles, was wertvoll ist in indischen Kulte, England zu entfernen und die Lage des Landes noch trauriger zu gestalten, als sie zuvor war. Der Liberale Webbwood ferngeleitete die Zwangsregeln mit den eigenen Worten, die der indische Staatssekretär Lord Morley, einer der angesehensten politischen Denker Englands, noch im vorigen Jahre gegen die tyrannischen Gesetze des Oberhauses gesprochen hatte. Er beantragte unter Zurückweisung aller politischen Vorreden das Behauern des Hauses über die Zwangsregeln auszusprechen. Der Antrag wurde mit 277 gegen 65 Stimmen abgelehnt. Die Frage des indischen Humors, wie immer in diesen Fragen, mit den Konservativen für die Regierung. -

Spanien.

Der Konflikt mit dem Vatikan. Die Minister haben am Sonnabend einen Kabinettsrat abgehalten, nach dem eine sehr energisch gehaltene Antikommote nach Rom telegraphiert wurde. Die Ansprüche des Vatikans werden in dieser Note entschieden zurückgewiesen. Am Sonntag waren von Hierarke und von antiklerikaler Seite große Kundgebungen geplant. Die Regierung hat aber alle Kundgebungen untersagt, da bei der großen allgemeinen Erregung ernste Zwischenfälle unvermeidlich wären.

Eine weitere Meldung besagt: Die spanische Regierung hat dem Vatikan bedeutet, sie werde eine Ermüdung in innere Angelegenheiten der Nation niemals dulden. Die spanische Regierung hat ihren Vorkühler Gheba beim Vatikan bereits abberufen. Die Abreise des päpstlichen Nuntius aus Madrid ist ebenfalls bereits erfolgt.

Italien.

Das italienische Verfassungsgesetz. Der stellvertretende Direktor der Staatsverträge von Castellarini bei Neapel, der Marineingenieur Calabretta, ist plötzlich seines Amtes entbunden und sein Verbleibung der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung ins Militärgefängnis eingeliefert worden. Einem Gericht zufolge soll er Arbeiter der Staatswerken veranlaßt haben, für seine persönlichen Zwecke Dienst zu tun.

Amerika.

Sur überflüssigen Frage. In Washington findet man angeleglich die europäische Ausregung über Alabama unerlässlich. Galtmann wird erklärt, daß weder ein Protest noch eine Funktion oder etwas Ähnliches beabsichtigt sei. Aus der Staatskanzlei wird jedoch abgelehnt.

Rassentämpfe in Texas.

Aus Palestine in Texas wird berichtet, daß bei den in den letzten Tagen stattgefundenen Rassentämpfen insgesamt 20 Neger und fünf Weiße getötet wurden. Die Ursache der Rassenfehde bildet eine unbedeutende Schuld, die ein Neger bei einem Weißen hatte. Aus den benachbarten Städten sind bereits hundert bemittelte Schwarze zur Unterstützung ihrer Rassenossen im Anzuge. Die angeleglich bedrohten Weißen haben um Entsendung von Militärtruppen gebeten. Auch aus Elcom und Anderson wird der Ausbruch von Rassenkämpfen gemeldet, bei denen mehrere Einwohner getötet und verwundet worden sind.

Im Dunkel.

Erzählung von Gustav Janzon.

Uebersetzung aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Gehet ... Aber, wie ich ...“

„Was er wohl getan haben mag?“ äußerte der Baron halb laut, wie zu sich selbst.

„Er wird wohl irgend etwas gesagt haben.“





## Unser Parteiprogramm.

Von allen anderen Parteien unterscheiden wir uns auf das Grundsätzliche. Wir unterscheiden uns durch unsere Grundzüge, wir unterscheiden uns durch den Bewußtsein und zum Ausdruck gebrachten Klassencharakter unserer Partei. Keine andere Partei stellt Entwicklungsfragen auf, die mit dem Aussteigen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung enden und die in eine Gesellschaftsordnung ausmünden, die von durchaus anderen Grundzügen beherrscht ist, als die unsrige. Keine Partei umschreibt ihren Aufgabenkreis in Gegenwart und Zukunft, in politischer und ökonomischer Beziehung, in der Stellung zu allen großen Problemen der Gesellschaft so wie wir. Was uns Voraussetzung und Ziel unseres Wirkens, Maßstab und Prinzipien unseres Handelns, Bedingung und Voraussetzung der Jugendigkeit zur sozialdemokratischen Partei ist, das ist unser Parteiprogramm. Die meisten bürgerlichen Parteien besitzen überhaupt kein Programm; soweit es vorhanden ist, ist es den Mitgliedern der Partei unbekannt, ist es eine gleichgültige Dekoration, an die sich weder die Parteiangehörigen, noch ihre Führer halten. Nicht lebendige Triebkraft, nicht höchste ideale Instanz ist den bürgerlichen Parteien das Parteiprogramm, sondern ein gleichgültiger Schmuckel in dem Bau der Partei, an dem die meisten unbeachtet vorübergehen.

Schon die Art, wie sich die Sozialdemokraten und die ihnen feindseligen Parteien zu ihren Parteiprogrammen stellen, unterscheidet sie aufs Grundsätzliche voneinander. Die Sozialdemokratie hat eine wissenschaftlich begründete, auf der Enttöpfung der kapitalistischen Produktionsweise aufgebaute Theorie. Klarumrissene Grundzüge für die Wirksamkeit aller Organe der Partei und ihrer Mitglieder. Für Gegenwart und Zukunft werden die Grundsätze mit vollster Klarheit auseinandergesetzt, warum wir Sozialdemokraten sind. Es wird in unserem Programm dargelegt, was wir innerhalb der heutigen Gesellschaft durchzuführen für möglich halten, was wir an Stelle der heutigen Gesellschaft zu legen haben. Warum die Sozialdemokraten nicht es leicht, auseinanderzusetzen, warum die Sozialdemokraten sind, und welche Stellung sie zu den Sozialdemokraten zu den einzelnen Fragen einzunehmen haben. Den Anhängern der bürgerlichen Parteien sind wir in dieser Hinsicht ganz außerordentlich überlegen, denn diesen wird in der Regel nichts schwiebiger und peinlicher, als in wirklich gründlicher Weise auseinanderzusetzen, warum sie einer bestimmten Partei angehören, warum sie eine bestimmte Stellung einnehmen müssen. Die Programmlosigkeit, oder Programmlosigkeit der bürgerlichen Parteien, zeigt sich da im Gegensatz zu den gewaltigen Vorlesungen, die der Sozialdemokratie der Welt eines Programmes schenkt.

Die bürgerlichen Parteien bemühen sich auch nicht, über ihre Grundzüge Aufklärung zu schaffen, sie besitzen keine Broschüren über die Ziele und Aufgabe ihrer Partei. Ganz anders die Sozialdemokratie. Sie freut sich über jede Gelegenheit, Aufklärung zu schaffen über ihre Grundzüge, sie verbreitet in jedem Jahre hunderttausende Exemplare ihres Parteiprogramms, sie ist bemüht, in Versammlungen, in der Presse, in Broschüren über den Inhalt des Programmes Aufklärung zu verschaffen. Soeben ist wieder eine Schrift erschienen, die in großer Anzahl verbreitet werden soll, die Freund und Feind aufklären soll über das, was die Sozialdemokratie will, über das, was die Massenbewegten Arbeiter zu Sozialdemokraten macht, was Ziel und Triebkraft unserer Bewegung ist. Wie sehr wir bemüht sind, Klarheit über unsere Grundzüge zu verbreiten, nicht zu verschleiern, und in möglichst großen Kreisen der Parteigenossen Aufklärung zu verschaffen, das beweist die Reize von Artikeln über das Parteiprogramm, die das Volksblatt in Oesterreich, das die stärkste Auflage besitzt, die Wiener Volksstimme, im Vorjahre veröffentlichte. Diese von Genossen Robert Danneberg verfaßten Artikel fanden den lebhaftesten Beifall. Der Verfasser hat die trefflichen Artikel einer neuerlichen Durchsicht, zum Teil auch einer gründlichen Umarbeitung unterzogen, er hat alle neu hinzugekommenen Materialien zur Charakterisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die Broschüre verarbeitet, einige neue Abschnitte hinzugefügt, so daß wir nun eine wirklich vollkommene, eine den höchsten Ansprüchen genügende Broschüre über unser Programm haben, die frisch und lebendig, sachkundig und eindringlich geschrieben ist und die auch die neuesten Werke unserer Literatur, wie Hilferding's Finanzkapital, berücksichtigt.

Danneberg zeigt, wie sich die kapitalistische Produktionsweise entwickelt hat, welches ihre Voraussetzungen, welches ihre treibenden Kräfte, welches ihre Folgen für die Produktion und für die Arbeiter waren. Frauen- und Kinderarbeit war das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschine und die zweite Wirkung war die gewaltige Verlängerung der Arbeitszeit. Eine industrielle Arbeiterarmee, ein sündiges Heer von Hungernden und zur Arbeit bereiteten Menschen, den Unternehmern ließ zu Ohren, den Arbeitern ließ eine Gefahr des Lebens, erkam infolge der Einführung der Maschinen.

Was die Enttöpfung des Kapitalismus förderte, steigerte das Elend der Proletariats. Die Arbeiter niederdrückend, die Mittelklassen niederunterdrückend, die Bauern enteignend oder mit Hypotheken erdrückend, das war der Gang der kapitalistischen Entwicklung unter der Herrschaft des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte. Überproduktion und Wirtschaftskrisen wurden neue Weichen der Menschheit. Je mehr der Kapitalismus sich entwickelte, desto mehr bildete er Formen aus, die höchsten Leistungsfähigkeit der Produktivkräfte, zur höchsten Konzentration der kapitalistischen Kraft. Die Weltgesellschaft, das Reich der Kräfte, die Entwicklung des Bewußtseins, ihre geistige Stellung innerhalb des Produktionsprozesses, sie wirken alle zusammen zur höchsten Enttöpfung des Kapitalismus. Aber diese Riesenschritte des Kapitalismus führen auch dem Sozialismus entgegen. Dem Sozialismus, der das Ziel der Arbeiterbewegung bildet, die den Massenkampf zur Grundlage hat, die sich politische Organisation, gemeinschaftliche Aktion, gemeinschaftlichen Zusammenfluß als Kampfmittel aneignet. All das schildert, über all das befehlt die Arbeit Danneberg's.

Das sozialdemokratische Programm. Eine gemeinverständliche Erläuterung seiner Grundzüge. Wien 1910. Wiener Volksbuchhandlung Franz Brand u. Co. 104 Seiten, Preis 40 Heller. Die Broschüre eignet sich besonders für die Leitenden der Arbeiterorganisationen und Ortsgruppen.

bergs in ausgezeichneter Weise, sie zeigt auch die Schwierigkeiten und die Auslichten des Kampfes und sie führt uns vor Augen das Endziel, dessen Erreichung wir alle Kräfte zu widmen haben: die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Gefährter und gehoben, gefährter in der Kampfesbreite wird jeder Parteigenosse sein, der das schmale, aber überaus inhaltreiche Büchlein von Danneberg gelesen hat. Jeder von uns weiß, daß es Lausende gibt, die von einem instinktiven Klassengefühl getrieben als Proletarier in unseren Reihen stehen, aber sich nicht vollständig klar sind, warum sie Sozialdemokraten sind, was der Sozialismus bedeutet, wie er zur Notwendigkeit wurde. All denen müssen wir das Buch in die Hand drücken. Es gibt für sie keine wichtigere und größere Aufgabe, als die weitest Verbreitung unserem Programm zu geben, als unser Programm allgemein verständlich zu erklären, das Buch des Sozialismus in die Massen zu tragen. Darum ist es eine hohe und eine wichtige Pflicht, die neue Programmübersetzung unserer Partei in Massen zu verbreiten, für ihr Studium zu sorgen.

Die Durchdringung der Massen mit den Forderungen der Partei ist unsere größte Aufgabe.

## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 1. August 1910.

### Der Streik der Holzarbeiter in der Waggonfabrik von Gottfried Lindner in Ammerdorf.

hat eine Aenderung nicht erfahren. Ein von Berlin erwarteter Streikrechtserlass ist nicht angekommen, trotzdem von der Firma alle Vorkehrungen zu seinem Empfang getroffen waren. Die Streikenden sind ganz zufrieden. Das gute Wetter ist auch nicht dazu angetan, die Streikluft herabzumindern. Die Erholung ist den Arbeitern von Herzen zu gönnen. Wenn der Firma Lindner die Erholung eben so gut bekommt wie ihren Arbeitern, dann können beide Teile befriedigt sein. Zu aug ist nach wie vor streng fernzupacken!

### Wenn man am Volkspart vorüberfährt.

Morgens, mittags und abends, zu jeder Tageszeit schon bin ich an unserem fasslichen Volkspart in der elektrischen Bahn vorbeigefahren. Immer gibt's dabei neues und interessantes zu sehen und zu hören. Man muß nur darauf achten.

Gestern, am Sonntag, mußte ich nachmittags stadteinwärts fahren. Im Anfangenbogen. Neben an Wägen mit mir eine „Dame“ von der Sorte, wie man sie im Mittelteil wochentags zum Kaffeekonzert hauseinwieft. Ihr gegenüber ein „Herr“ mit bürokratischen Wägenhaken. Sie braucht zwei Plätze, er einen halben. Enttäuscht mußte sie die beiden vollen Plätze am Volkspart-Eingang. Gemein!

„Wie man das“ Jo an der Straße haben kann!“

„Ja!“ macht er überlegen.

„Und die Mülltüte, ganz wie die Leute, die hineingehen!“

„Schonlich“, bekräftigt er durch auf der einseitigen Seite ein Jüngling. Der hatte ich noch gar nicht beachtet. Sein hirschen Grise hat er offenbar im idealen Schwingen seines Selbstfindens zusträuben angelegt. Zu ihnen und zu ihm geht sicher auch das „Krautlein“ mit einem Blumenstrauß anstelle des Wulfs, das höchstelig Einverständnis lächelt. Was den jungen Mann veranlaßt, wichtig zu werden:

„Da drin sind alle Wände rot angestrichen.“

Sogar Mama lächelt.

„Und rote Wände verkaufen sie auch?“

Wir sind vorüber, aber das Thema ist anheimelnd zu interessant.

Der halbseitige Wapp zeigt sich verpöndlich, „schlicht“ zu werden.

„Biel ist da nicht los. Wenn heute Seemann laufen wollte, könnte er es haben. Aber bei der Substanz ist es billiger...“

„Worauf ein schönem gegenüberstehender einfacher Mann mit freundlicher Miene eintrifft.“

„Ja, die Betrunknen, die ihre Zeitungsträger bei alle Tage scharenweise herausströmen lassen, bekommen nämlich alles geschwendet. Bloß um die Polizei zu ärgern und die „ansässigen“ Leute, die nicht hineingehen.“

„Bapa, Mama, Es“ und „Er“ schweigen indigniert. Am Wegweg möchten sie in den Motorwagen umsteigen, um aus „hier“ Gesellschaft zu kommen. Aber das geht nicht, sonst müssen sie noch einmal bezahlen. Dazu aber lang die Enttäuschung. —

Abends um 7 Uhr fahre ich wieder zurück. Am Weichbildern steigt ein würdiger Herr ein, den ein gepflegter Volkspart sieht. Er grüßt nicht, aber der Schaffner sagt „Guten Abend, Herr Geheimer.“ Und dann fahren wir. Kurz vor dem Volkspart folgt ein junger Mann dem Schaffner:

„Am Volkspart möchte ich aussteigen.“

„Raus, am Volkspart.“

„Nein, am Volkspart.“

„Wir haben nur Volksteile Schließung.“

„Weil der junge Mann fremd ist, fragt er:

„Ist das weit vom Volkspart?“

„Mit einem mißbilligenden „Nein!“ nickt der Schaffner kurz vor der Garterstraße die Leine. Werkwürdig, der Wagen hält sofort nein, er hält nicht, aber er fährt sehr langsam. Gemessen steigt der Herr im Volkspart ab. — „Guten Abend, Herr Geheimer.“ — und verabschiedet links im Tor. Am „Schließung“ darf der junge Mann auch absteigen. Ein anderer Volkspart fragt den Schaffner harmlos:

„Warum heißt die Haltestelle nicht „Zur Jungfernbura“?“

„Gute früh kam ich jetzt vorüberfahren, als ein Volkspart aus dem Tor des Volkspartes trat. Mit mir auf dem Hinterkopf standen zwei Männer, die dem Schaffner frische Wochenkarten zum Knipfen gereicht hatten.“

„Der hat gewiß die Steine gewälzt, die gestern vom Volkspart in den Nachbargarten gemornt sind.“

„Nein, er war die Notkamen revidieren.“

Diesmal mußte auch der Schaffner lachen. Aber er grüßte doch den Ordnungsbüher, als dieser ihm anblinzelte, chrobzeitig durch den bekannten Griff an die Miene. Das tut die Beamten so unter sich. Ich stand dabei und dachte, es ist mir, daß das Arbeiterhaus so groß und stolz da oben halet. Es läßt sich nicht nur überleben, und so lange die einen sich drüber ärgern und die anderen, meinen, sich hoch über freuen, vermag man es nicht, kann's ihm nicht gleichig gehen. —

Für die Geschädigten im Mansfelder Beckenreife erklärt der Kreisaußschuß jenes Kreises einen Aufzug, in dem es heißt:

Schwerer Unheil ist über einen Teil des Mansfelder Beckenreife hereinbrochen. In der Nacht vom 14. zum 15. Juli entließ sich über den nördlichen Teil des Beckenreife ein sehr schweres, mehrere Stunden anhaltendes Gewitter, bei welchem gewaltige Regenmengen in verschiedenen Höhenbereichen niederfielen. Die Regenwasser richteten besonders im Tale des Schlenkebaches und den angrenzenden Kreisteilen sehr große und schwere Schäden an, vor allem in den Dörfern Völschen, Delmsdorf, Seilighallen, Lohwies, Jelenitz, Thaldorf, Großsitz und Jadenitz. Bei Völschen wurde ein Teil des Höhenbühmendes der Halle-Gottfrieder Eisenbahn weggespült, so daß der Höhenbühmende durch die Dauer von 8 Tagen eingestürzt werden mußte. Der 2 1/2 Meter hohe Damm der Kreisbahnseilighallen-Gottfrieder Eisenbahn wurde von 20 Meter vollständig weggerissen. Beim Halleschen, 7 1/2 Meter hohe seilighallen-Gottfrieder Eisenbahn und Weichbildseilighallen wurde zerstört. An dem Dorfe Seilighallen fielen 7 Wohnhäuser und 8 Weichbildseilighallen der Zerstörung anheim. Auf vielen Weiden ist die Ernte verdirbt und vernichtet, zahlreiche Schafe, Schweine und Kühe sind in den Tümpeln umgekommen. Auch viele Menschenleben hat das Unwetter gefordert. Besonders viele kleinere Weiler haben ihre gesamte Gabe verloren. Der ärmeren Teil der Bevölkerung bedarf dringender sofortiger Hilfe, um vor Not geschützt zu werden, auch später werden bedeutendere Mittel erforderlich sein, um den infolge des Hochwassers in Not geratenen durch Wiederherstellung ihrer Besitzungen das Fortbestehen auf ihrer Scholle zu sichern.

An dem Unheil, welches unseren Kreis durch das Hochwasser betroffen hat, nehmen sicherlich alle Kreisangehörigen und Bewohner der Nachbarkreise herzlich Anteil und jeder wird seine Teilnahme für die so schwer Geschädigten und mit dem Verlust ihres Heims Verbundenen durch eine feinen Kräfte entsprechende Gabe gern bezeugen. Wir hoffen ausdrücklich, uns mit diesem Aufzug nicht vergeblich an die Götter unserer Nachbarn zu wenden und bitten die Städte- und Gemeindevorstellungen sowie die in den Nachbarkreisen existierenden Zeitungen und größeren Bankinstitute, bei sich Sammelaktionen einzurichten.

Wir haben schon einmal erklärt, daß es die Pflicht des Staates ist, hier unvorbereitet helfen einzutreten. Uns jetzt ist von hier so dringend notwendigen Staatshilfe noch nichts laut geworden, vielmehr meinet sich nun, wie man sieht, eine offizielle Körperkraft an die Privatwohlthätigkeit. Das ist eines Staates wie Weichen unwürdig. Er oder vielmehr seine Organe bewiesen damit wieder einmal, daß für Kultur- und Aufgaben kein Geld da ist. Nichtsdestoweniger muß die Aufforderung zur Staatshilfe wiederholt werden. Privatwohlthätigkeit darf erst in zweiter Linie in Bedienung gestellt werden, der Staat, die organisierte Gemeinschaft kommt zuerst. Wenn dann die Wohltäter zum Helfen gefähigere Wirksamkeit hier in die Tat setzen wollen, so ist uns das über zu warten, bis die Geschädigten doppelten Schaden zufügen.

### Rabenhammer.

Das große deutsche Kreislaufrecht scheint für die Beteiligten höchst unangenehme Folgerungen nach sich zu ziehen. Aus allen Wohnungen und Wohnungen geht die verächtlichen Ausschüsse ein sehr bedenkliches Defizit an. Ihm gegenüber sucht man Zeit zu gewinnen, indem man sagt, der Staat der Gatte schade noch „keinen neuen Leberbrot“. Immerhin aber sucht man wohl auf den ganzen Umfang der Fatalität vorzubereiten, als man jüngst veränderte: „Der ursprüngliche Etat von 51 000 Mark mußte durch die Witterungsverhältnisse bedingt, um etwa 4000 bis 5000 Mark übergeschrieben werden. Von einem Leberbrot, von dem man überall redet, kann keine Rede sein, im Gegenteil, man wird mit einem Defizit, wenn auch keinen allzu großen, abschließen.“ — So, also kein „allzu großes“ Defizit, monatlich natürlich gar nichts gefordert, 10 000 Mark sind schließlich auch noch kein „allzu großes“ Defizit.

Die Hauptpflicht wird natürlich auf die able Witterung geschoben. Unvorbereitet ist angeblich auch die ursprünglich angegebene Zahl von 10 000 bis 12 000 auswärtigen Turnern auf nach nicht einmal 3000 wirklich erschienenen Kurarrivern zumangemessenen. Sehr charakteristisch ist da der Bericht des Wohnungsaußschusses, der folgendes befragt: „Freie Bürgerquartiere wurden 489 zur Verfügung gestellt (bei einer Stadt von nahezu 80 000 Einwohnern herzlich wenig), davon wurden 40 nur durch den freien unter der Woche vertriebenen Gründe 40 zurückgegeben, so daß noch 488 verblieben, von denen 40 besetzt wurden. Ferner waren angeboten 410 zu bezahlende Gasthäuserquartiere, von denen 390 benutzt wurden, und 895 zu entschädigende Privatquartiere, wovon 115 besetzt wurden. Wäre die Witterung freundlicher gewesen, so hätten weit mehr Turnern am Besie teilgenommen und die gegen wäufige Weibung angebotenen Privatquartiere wären sicher sämtlich vergeben gewesen. In Massenquartieren untergebracht wurden über 1700 Turnern, gerechnet nach von vornherein auf 2000 Mann. Insgesamt sind unter Benutzung des Wohnungsaußschusses einquartiert gemessen 3675 Turnern. Si übrigen Turnern haben sich zum Teil selbst Quartier gesucht.“ — Das werden natürlich nur etliche wenige gewesen sein. Also auch hier grenzenloses Fiasco! Aber, und das ist das Wesentliche: Niemand vor den Augen der Bürgerpflicht. Die Nachbarn des Ammels haben geurteilt, daß die Beteiligung von auswärtigen auch bei gutem Wetter längst keine so groß werden würde, wie sie glauben machen wollten. Sie waren nur deswegen mit so bedeutenden Zahlen herum, um einen möglichst hohen Stadtratszuschuß zu erlangen, um den bürgerlichen Staatsverordneten die Möglichkeit zu verschaffen, die ständische Geldbewilligung für den Kurarrivern „rechtergen“ zu können. Wenn auf 2000 Mann Massenquartieren und, sagen wir einmal, hoch gerechnet 1000 Mann in bürgerlichen Freiarrivern, außerdem wieder hoch gerechnet 1000 Mann in bezahlten Quartieren gerechnet wurde, womit will der Kreisaußschuß es rechtfertigen, daß der Allgemeinheil von vornherein von 10 000 Turnern vorgefordert werden ist?

Reber unsere Enttöpfung des ganzen Spettakels als Geschickssache ist man in gerechtfertigter Lage höchst fittich entschuldigend und ist es wohl nicht, das Wunder uns und andere nicht im geringsten. Unsere Worte haben klarheit geschaffen und diese Klarheit ist verschiedenen Selbstbeuten sehr nungenehm gewesen. In Gelfassen hört aber die Gernisslichter auf und deshalb das müde Geschrei über unsre „Insaftigkeit“. Was wir als lobende Anerkennung nochmal





